



Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Wülfrath

Termin Dienstag, 01.10.2019, 17:00 bis 20:41 Uhr

Ort Rathaus
Großer Sitzungssaal

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1	Regularien
1.1	Eröffnung der Sitzung
1.2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
1.3	Feststellung der Beschlussfähigkeit
1.4	Feststellung der Tagesordnung
1.5	Genehmigung der Niederschrift
2	Befangenheitsprüfung
3	Einwohnerfragestunde
4	Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes Vorlage: BVV-014-2019
5	Anpassung der Hauptsatzung Vorlage: BVV-012-2019
6	Personalangelegenheiten - Fortführung der Stadt- / Grünflächenreinigung Vorlage: 10/11-009-2019/1
7	Organisationsuntersuchung Dezernat III Vorlage: 10/11-010-2019
8	Personalangelegenheiten - Stellenmehrung in der Bauaufsicht Vorlage: 10/11-011-2019
9	Kalkulatorischer Zinssatz für kostenrechnende Einrichtungen für das Kalkulationsjahr 2020 Vorlage: 20-018-2019
10	Prüfauftrag zum Haushalt 2020 - Zentralisierung Fuhrparkmanagement Vorlage: 37-005-2019
11	Schulraumplanung Vorlage: 40/52-015-2019/1
12	Raumprogramm zur Unterbringung der Feuer- und Rettungswache sowie des Baubetriebshofes Vorlage: 65-001-2019
13	1. Änderung des Regionalplans Düsseldorf (RPD) "Mehr Wohnbauland am Rhein" Hier: Beteiligung gem. § 9 ROG i.V.m. § 13 LPIG NRW Vorlage: 61/63-017-2019
13.1	WG-Antrag Sep. 2019 Ökonomische Aspekte der zukünftigen Baulandentwicklung in Wülfrath
13.2	CDU-Antrag Regionalplan-Änderung Vorrang innerstädtischer Entwicklung vom 01.10.2019
13.3	CDU-/SPD-Antrag Regionalplan-Änderung Aufhebung Zweckbindung Klinik Aprath und Bergische Diakonie Aprath vom 01.10.2019
14	Nachnutzung Wilhelmstraße 189 "ehemaliges VHS-Gebäude" Vorlage: III-024-2019



15	Nachnutzung Wilhelmstraße 76 "Altes Rathaus" Vorlage: III-025-2019
16	Sanierung des Schulhofes der Schule am Berg Vorlage: IV-011-2019
17	Präventionsleitbild Frühe Hilfen - Jugendamt Vorlage: 51-011-2019
18	Antrag der SPD-Fraktion "Einrichtung eines Jugendrates" Vorlage: 51-016-2019
19	Umbesetzung von Gremien und Ausschüsse Vorlage: BVV-015-2019
20	Mitteilungen und Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil

TOP 1 Regularien

TOP 1.1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende Frau Dr. Panke eröffnet die Sitzung.

TOP 1.2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung fest.

TOP 1.3 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest; die Ratsmitglieder Czerwonka (SPD) und Leifeld (CDU) sind entschuldigt.

TOP 1.4 Feststellung der Tagesordnung

Die Vorsitzende teilt mit, dass TOP 13 – „Erste Änderung des Regionalplans Düsseldorf (RPD) "Mehr Wohnbauland am Rhein" ergänzt wird durch TOP 13.1: „WG-Antrag Ökonomische Aspekte der zukünftigen Baulandentwicklung in Wülfrath“ vom 20.09.2019, TOP 13.2: „CDU-Antrag Regionalplan-Änderung Vorrang innerstädtischer Entwicklung“ vom 01.10.2019 und TOP 13.3: „CDU-/SPD-Antrag Regionalplan-Änderung Aufhebung Zweckbindung Klinik Aprath und Bergische Diakonie Aprath“ vom 01.10.2019.

Aus der Politik sind folgende Anträge für den nächsten Sitzungslauf eingegangen: Antrag Grüne-CDU-SPD Einstieg Radverkehrskonzept Stadt Wülfrath an AUO / AWS / HFA / Rat und Antrag WG Öffnung Ratinger Landstraße für den AUO.

Als Tischvorlagen wurden zur Ratssitzung verteilt:

- Zu TOP 13.1, 13.2 und 13.3 – die o. g. Anträge
- Zu TOP 19 – Umbesetzung von Gremien und Ausschüssen
- Zu nö-TOP 1 – Verlängerung des Erbbaurechts Mettmanner Straße 102, 104, 106, 108 und 110 der GWG Wülfrath GmbH - Vorlage: 23/60-005-2019/1
- Außerdem: die neue Straßenkarte von Straßen.NRW.

Herr Hoffmann (SPD) fragt, ob zum TOP 14 „Nachnutzung Wilhelmstraße 189 ,ehemaliges VHS-Gebäude“ Anträge zur Sache möglich sind. Die Vorsitzende bejaht dies.



Der Rat stimmt der ergänzten Tagesordnung zu.

TOP 1.5 Genehmigung der Niederschrift

Es gibt keine Anmerkungen zur Niederschrift zur Ratssitzung vom 09.07.2019.

TOP 2 Befangenheitsprüfung

Kein Ratsmitglied erklärt sich zu einem der Tagesordnungspunkte für befangen.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Herr Dr. Bruno Rosen, wohnhaft am Flehenberg, gibt an, dass er seine Meinung zur Regionalplanänderung der Bezirksregierung kundgetan hat. Er fragt nach den Reserveflächen im Stadtgebiet und seinem Eindruck, wonach in der Beschlussvorlage der Verwaltung der Außenbereich vorgehe. Frau Dr. Panke erläutert, dass Düssel bisher komplett als landwirtschaftliche Fläche eingestuft ist, was es schwierig macht, hier überhaupt zu bauen. Sie führt weiter aus, dass Innenverdichtung grundsätzlich vor Außenentwicklung geht, wie es auch §1 BauGB vorgibt. Zunächst sollten die vorhandenen Flächen beplant und bebaut werden. Die Verwaltung kann nicht absehen, wie der Regionalrat entscheiden wird. Herr Barnat ergänzt, dass die Verwaltung auch mit der Bezirksregierung gesprochen hat, inwieweit alle Flächen, die für die Nachverdichtung zur Verfügung stehen könnten, berücksichtigt wurden. Die Bezirksregierung teilte mit, dass sie erstmals bei der Bedarfsberechnung mit eingeflossen sind.

Herr Rosen fragt nach, ob die Stadt alle Innenflächen bebauen will. Der Bedarf sei nicht so groß wie angegeben: zum einen sage Düsseldorf, dass es gar nicht so viel Bedarf habe wie in „Wohnen am Rhein“ einfließe, zum anderen zeige die Prognose von IT.NRW eine stark sinkende Bevölkerungszahl in Wülfrath. Frau Dr. Panke erinnert an die Prognose von 2009, die auch von stark sinkenden Einwohnerzahlen ausging. Die Entwicklung ging aber in die andere Richtung. Sie betont, dass die Prämissen, die in die Berechnung von IT.NRW eingeflossen sind, nicht bekannt sind, z. B. ob der kommende S-Bahn-Anschluss in Düssel-Hahnenfurt berücksichtigt wurde.

Frau Fenko fragt nach der Baustelle an der Düsseler Straße und hier besonders nach der Zufahrt, die zwischen den beiden Kurven steil nach oben führt. Herr Barnat antwortet, dass diese Rampe von der Düsseler Straße auf das Privatgrundstück führt und zur Erschließung des Grundstücks dienen soll.

TOP 4 Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes
Vorlage: BVV-014-2019

Vor der Einführung des neuen Ratsmitglieds Herr Horst Hoenke (CDU) verabschiedet die Vorsitzende das bisherige Ratsmitglied Christian Schölzel (CDU). Sie dankt ihm für sein Kommen zu dieser Ratssitzung, gratuliert ihm zu seiner neuen Stelle als Leiter der Kämmerei beim Kreis und würdigt seine Arbeit im Rat. Vom 24.06.2014 bis zum 19.12.2017 war er Sachkundiger



Bürger. Herr Schölzel ist seit dem 19.12.2017 Mitglied der CDU-Fraktion und war seitdem bis zum 30.09.2019 Ratsmitglied. Im Haupt- und Finanzausschuss sowie im Rechnungsprüfungsausschuss war er Ausschussmitglied, im Schulausschuss und im Jugendhilfeausschuss stellv. Ausschussmitglied. Frau Dr. Panke dankt Herrn Schölzel für seine Mitarbeit, sowohl im Rat als auch im AK Digitalisierung, und übergibt ihm einen Blumenstrauß.

Anschließend verpflichtet die Vorsitzende Herrn Horst Hoenke als neues Ratsmitglied mit der Formel: „Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde, so wahr mir Gott helfe.“ Sie begrüßt ihn als neues Ratsmitglied.

TOP 5 Anpassung der Hauptsatzung
Vorlage: BVV-012-2019

Die bisherige Hauptsatzung der Stadt Wülfrath wurde an die Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes NRW, an neuere kommunalrechtliche Entwicklungen und wegen des Prüfvermerks der Kommunalaufsicht angepasst.

Herr Effert betont, dass eine Hauptsatzung etwas Lebendiges ist, dankt der Verwaltung für die Überarbeitung und kündigt die Zustimmung der CDU an.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Wülfrath beschließt aufgrund von § 7 Abs. 3 Satz 1 i. V. m. § 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW 1994, S. 666 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.11.2016 (GV NRW, S.966), die im Anhang beigegefügte Hauptsatzung.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	Zust.
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	33	12	8	6	3	2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 6 Personalangelegenheiten - Fortführung der Stadt- / Grünflächenreinigung
Vorlage: 10/11-009-2019/1

Herr May (Grüne) nimmt Bezug auf die Beschlusserläuterung: „Es ist beabsichtig, zumindest eine der beiden Stellen, aus dem Projekt Teilhabechancen zu besetzen und die entsprechenden Fördermöglichkeiten zu nutzen. Der Bedarf ist dem Jobcenter bereits gemeldet. Bisher konnte aber noch kein entsprechender Bewerber gefunden werden. Sollten die Bemühungen bis Ende 2019 erfolglos bleiben, ist beabsichtigt auch die zweite Stelle über den „normalen“ Arbeitsmarkt zu besetzen.“ Herr May findet die Frist zu kurz, um tatsächlich eine Kraft über das Jobcenter zu finden. Die Stadt könnte viel sparen, wenn sie sich mehr Zeit ließe. Die Grünen werden sich daher enthalten.



Herr Benner antwortet, dass bis zum Tag der Ratssitzung kein einziges Angebot eingegangen ist. Wer die Stelle ausfüllen möchte, braucht besondere Kompetenzen v. a. im geduldigen Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Frau Kückler weist daraufhin, dass ihre Fraktion zwar den Vorschlag für die Nutzung des Gesetzes gemacht habe, dass man aber die Stelle nicht unbesetzt lassen solle, nur weil das Programm nicht liefere. Herr May betont, dass es nicht schade, ein halbes Jahr zu warten, schließlich kämen ja dann auch neue Arbeitskräfte zum Programm hinzu.

Frau Dr. Panke weist wie Herr Benner daraufhin, dass es schwierig ist, über das Programm eine geeignete Kraft zu finden.

Beschluss:

Die bisher befristet eingerichteten Stellen (EG 3) zur Stadt- / Grünflächenreinigung werden verstetigt und dauerhaft im Stellenplan eingerichtet.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	Zust.
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	30	12	8	6		2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung	3				3			

TOP 7 Organisationsuntersuchung Dezernat III Vorlage: 10/11-010-2019

Die Vorsitzende teilt mit, dass die Verwaltung im HFA zugesagt hat, den Auftrag zur Organisationsuntersuchung mit der GVK abzustimmen. Aus dem Rat kommen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Es wird eine externe Organisationsuntersuchung des Dezernates III beauftragt. Diese hat das Ziel, mögliche Prozessverbesserungen herauszuarbeiten, eine (ggfs.) sinnvollere Organisationsstruktur aufzuzeigen und eine aktuelle Personalbemessung im Kontext der aktuellen Rückstände, der anfallenden Aufgaben sowie insb. der Strategie Wülfrath 22 plus zu erarbeiten.



Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	Zust.
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	33	12	8	6	3	2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 8 Personalangelegenheiten - Stellenmehrung in der Bauaufsicht Vorlage: 10/11-011-2019

Die Vorsitzende erinnert daran, dass der Beschlussvorschlag im HFA wegen Beratungsbedarfs in den Rat geschoben wurde. Herr Effert (CDU) bekräftigt den Beratungsbedarf, da es immer etwas unglücklich sei, im Vorgriff auf eine Organisationsuntersuchung neue Stellen zu genehmigen. Die CDU werde aber zustimmen im Hinblick auf eine schnelle Lösung.

Beschluss:

Es wird eine zusätzliche, unbefristete Stelle in der Bauaufsicht, EG 11 eingerichtet.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	Zust.
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	33	12	8	6	3	2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 9 Kalkulatorischer Zinssatz für kostenrechnende Einrichtungen für das Kalkulationsjahr 2020 Vorlage: 20-018-2019

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Für das Kalkulationsjahr 2020 wird der kalkulatorische Zinssatz auf 5,56 % festgelegt. Der Zinssatz ist jährlich zu überprüfen und fortzuschreiben.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	Zust.
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
--	--------	-----	-----	----	-------	-------	-----	------



Zustimmung	33	12	8	6	3	2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 10 Prüfauftrag zum Haushalt 2020 - Zentralisierung Fuhrparkmanagement
Vorlage: 37-005-2019

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage ohne Wortmeldungen zur Kenntnis.

TOP 11 Schulraumplanung
Vorlage: 40/52-015-2019/1

Herr Sträßer sieht die Grundannahme, dass keine zusätzlichen Räume gebraucht werden, bestätigt. Einige der vorhandenen Räume müssten aber anders genutzt werden. Die Sekundarschule hatte bereits in der Schulausschuss-Sitzung eine Rückmeldung gegeben. Die Vorsitzende berichtet, dass auch die Lindenschule sich geäußert hat. Weitere Meldungen von Schulen sind noch nicht eingegangen. Frau Berster begrüßt, dass keine weiteren Räume gebraucht werden.

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

TOP 12 Raumprogramm zur Unterbringung der Feuer- und Rettungswache sowie des Baubetriebshofes
Vorlage: 65-001-2019

Herr Welp fragt, ob die Feuer- und Rettungswache großzügig genug geplant ist; oft stelle man nach der Fertigstellung fest, dass die Wache zu klein sei. Herr Ritsche erläutert, dass Reserveflächen eingeplant sind. Es gibt eine Unsicherheit beim Rettungsdienstbedarfsplan für den Kreis Mettmann, aber auch für diesen Teilbereich wird Reservebedarf eingeplant und bedacht, wie der raumbedarf bei einer hauptamtlichen Rettungswache wäre. Herr Effert teilt mit, dass die CDU zustimmen wird, da das Raumprogramm eine Arbeitsgrundlage ist und weitere Detailabstimmungen folgen werden. Die CDU sei froh, dass es nicht zu einer Verdopplung der Flächen kommt.

Die Vorsitzende dankt nach der Abstimmung dem Rat und sieht die Einstimmigkeit als gutes Zeichen an die Mitarbeiter/-innen der Rettungswache und des Baubetriebshofs.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung zur Unterbringung der Feuer- und Rettungswache sowie des Baubetriebshofes auf Grundlage des in der Anlage beigefügten Raumprogramms fortzuführen und dieses zur Grundlage der weiteren Bearbeitung zu machen.



Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	Zust.
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	33	12	8	6	3	2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 13 1. Änderung des Regionalplans Düsseldorf (RPD) "Mehr Wohnbauland am Rhein"
Hier: Beteiligung gem. § 9 ROG i.V.m. § 13 LPIG NRW
Vorlage: 61/63-017-2019

Die Fraktionsvorsitzenden nehmen zur Regionalplanänderung (RPD-Änderung) Stellung, aber auch zur Diskussionskultur im Zusammenhang mit der Änderung:

Frau Kückler (Die Linke) bewertet den RPD als keine nachhaltige Raumentwicklung. Wer es mit den verschiedenen Zielen ernst meine (z. B. Umwelt- und Klimaschutz, Sozialer Wohnraum für Einkommensschwächere), könne diesem Plan nicht zustimmen. Zum Architekturwettbewerb stellt sie fest, dass dieses Netzwerk eine Dynamik mitbringe, die dazu führe, dass die Planung auch umgesetzt werde. Die Ausweisung der Flächen widerspreche auch dem Ziel des Umweltbundesamtes, nicht unnötig Flächen zu versiegeln. Frau Kückler erinnert daran, dass die Regenwassergebühr zu Zeiten, als Herr Peetz Kämmerer war, erhöht wurde, um der Flächenversiegelung entgegenzuwirken.

Herr Effert spricht sich für die RPD-Änderung aus. Er halte es für untragbar, der Stadt Optionen zu nehmen. Den jüngeren nachfolgenden Generationen bleibe die genauere Planung. Da es in der CDU-Fraktion unterschiedliche Ansichten gab, ist die Abstimmung für sie freigegeben.

Herr Peetz (WG) geht ausführlich auf den Aspekt der Diskussionskultur in Wülfrath ein. Die WG mache sich Sorgen um die Diskussionskultur. Herr Peetz nennt verschiedene Beispiele im Zusammenhang mit der Bürgerinitiative Düssel-West und kritisiert die Verhaltensweisen. Er berichtet dann von seiner Teilnahme am Bürgerfest des Bundespräsidenten, bei dem Bundespräsident Steinmeier betont habe, wie wichtig Kommunalpolitiker seien, und dass Gemeinderäte Schutz verdienten. Herr Peetz bittet die Bürgermeisterin, sich vor die Kommunalpolitiker zu stellen. Zum RPD stellt er fest, dass die WG ermöglichen und nicht blockieren wolle.

Herr Mrstik (Grüne) erwartet Respekt für die Ratsmitglieder, die Verwaltung und die Bürgermeisterin. Bezogen auf den RPD führt er aus, dass die Grünen die Einstufung als „keine Bedenken“ befremdet habe. Die ökologischen Aspekte fänden zu wenig Raum. Zum Wettbewerb EUROPAN ist er der Ansicht, dass er keinen Sinn macht, wenn man nicht auch heute bauen will. In 30 Jahren sei die Flächenversiegelung auch noch Thema. Der Flächenverbrauch gerade hier in Wülfrath sei durch den Kalkabbau schon sehr hoch. Außerstädtische zusätzliche Flächen vermindern den Druck, zuerst die innerstädtischen Flächen zu entwickeln.

Herr Welp (SPD) dankt zunächst Herrn Peetz für die offenen Worte. Er führt dann aus, dass der RPD nichts über die Dichte der Bebauung aussage und auch nichts über die Versiegelung, das komme erst später im Bauleitverfahren. Die Fläche könne daher später durchaus nur noch halb so groß sein. Herr Welp betont, dass viele Wülfrather auch in Düsseldorf arbeiten und es legitim sei, wenn auch andere in Wülfrath wohnen wollten. Zur Innenstadtverdichtung sagt er, dass die Stadt nicht aktiv werden kann, wenn die Eigentümer nicht verkaufen oder bauen wollen. Alter-



nativen müssten daher gesucht werden. Das Argument, dass laut IT.NRW die Einwohnerzahlen in Wülfrath deutlich sinken werden, zieht seines Erachtens nicht: Die Annahmen von IT.NRW seien so „gut“ gewesen, dass sie schon nach einem Jahr zur Änderung des RPD geführt haben.

Herr Altmann (FDP) führt aus, dass es der FDP um die strategische Ausrichtung gehe. Details werde der Rat in fünf oder zehn Jahren bestimmen. Wichtig sei auch die Option des Flächentauschs, den die Stadt mit der RPD-Änderung erhalte. Er finde die Planung in Ordnung. Herr Altmann berichtet, dass die Bürgerinitiative nicht an der Informationsveranstaltung der FDP teilgenommen habe.

Frau Dr. Panke verweist für die Verwaltung auf die bereits getätigten Aussagen. Zum Thema Sozialer Wohnraum führt sie aus, dass die städtische Tochter GWG aktuell bei der Quartiersentwicklung Havemann-/Halfmannstraße Wohnraum erstellt, von dem mehr als 50% nach der Fertigstellung sozial gebunden sein werden. Sie verwahrt sich gegen Vorwurf in einem Leserbrief, in dem der Verwaltung Lügen im Zusammenhang mit dem EUROPAN-Wettbewerb („Produktive Städte 2 – europaweiter Ideenwettbewerb für Städtebau und Architektur“) vorgeworfen werden. Die Verwaltung hatte im Vorfeld bereits informiert, und die Presse hatte darüber berichtet. Bei der Informationsveranstaltung zur RPD-Änderung kamen keine Fragen zu EUROPAN. Die Vorsitzende erläutert die Herleitung des EUROPAN-Wettbewerbs, an dem 18 Kommunen teilnehmen mit Wülfrath als der kleinsten Kommune. Die 18 Kommunen liegen zwischen Rhein und Wupper und im Kreis Mettmann. Sie bilden eine Kooperation über die Stadtgrenzen hinaus, um gemeinsam dem Ziel, Stadt und Umland mit den Angeboten für Arbeit, Lebenswelten, Freizeit, Mobilität, Infrastruktur aufeinander abgestimmt zu entwickeln, näher zu kommen. Im Fokus stehen die Alltagsmobilität in der Region und die Leitidee 'Eine Stunde mehr Zeit'. Mit dem Ziel, Ideen und Bilder für mögliche Zukunftsentwicklungen in Wohnquartieren zu erhalten und Ideen für künftige Wohnbebauungen zu bekommen, haben sich vier Kommunen aus dem Kooperationsraum - Hilden, Ratingen, Solingen und Wülfrath - entschieden, sich mit einer gemeinsamen Aufgabe für vier ganz unterschiedliche Quartiere an dem europaweiten Wettbewerb für junge Architekten EUROPAN 15 zu beteiligen. Der Wettbewerb wird durch das Bauministerium mit Städtebaufördermitteln unterstützt. Europaweit werden die Ergebnisse im Dezember vorgestellt. Von den Ergebnissen erhoffen sich die teilnehmenden Kommunen übertragbare Inspirationen für den gesamten Kooperationsraum des Stadt-Umland-Projektes. Frau Dr. Panke stellt dar, dass der Wettbewerb eine gute Möglichkeit bietet, Erkenntnisse für Wohnquartiere und Wohnen in der Zukunft zu gewinnen, an die Wülfrath als kleine Kommune allein so nicht gelangen würde. Frau Dr. Panke betont, dass keine Verpflichtung besteht, die Entwürfe auch umzusetzen.

Frau Küchler und Herr Mrstik äußern die Vermutung, dass die Musterplanungen auch umgesetzt werden. Herr Mrstik fragt, wie die Pläne umgesetzt werden. Frau Dr. Panke antwortet, dass keine Zeitschiene hinterlegt ist.

Die Auslobung ist im Anhang zur Niederschrift zu finden. Mehr Informationen gibt es auch unter <https://www.europan.de/de/Wettbewerbe/Aktuell/Europan%2015/Die%20deutschen%20Standorte/Bergische%20Kooperation/>.

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung

- 1) nimmt von der Bewertung der Verwaltung zu den verfahrensgegenständlichen Flächen zur 1. Änderung des Regionalplans Düsseldorf Kenntnis, stimmt der Stellungnahme entsprechend dieser Vorlage zu und



- 2) beauftragt die Verwaltung eine vorläufige Stellungnahme (Entwurf) entsprechend dieser Vorlage fristgemäß bis zum 30.09.2019 in das formelle Verfahren zur 1. Änderung des Regionalplans Düsseldorf gem. § 9 Abs. 2 ROG i.V.m. § 13 Abs. 1 LPIG NRW einzubringen
- 3) empfiehlt dem Rat der Stadt Wülfrath, dieser Stellungnahme in der Ratssitzung am 01.10.2019 durch Beschluss zuzustimmen

Der Rat der Stadt Wülfrath

- 1) nimmt von der Bewertung der Verwaltung zu den verfahrensgegenständlichen Flächen zur 1. Änderung des Regionalplans Düsseldorf Kenntnis und stimmt der Stellungnahme entsprechend dieser Vorlage zu und
- 2) beauftragt die Verwaltung, die zum 30.09.2019 im Entwurf eingereichte vorläufige Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gem. § 9 Abs. 2 ROG i.V.m. § 13 Abs. 1 LPIG NRW gegenüber der Regionalplanungsbehörde der Bezirksregierung Düsseldorf förmlich zu bestätigen

Abstimmungsergebnis

Einstimmig		
Mehrheitlich	x	Zust.

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	26	10	8	6			1	1
Ablehnung	7	2			3	2		
Enthaltung								

TOP 13.1 WG-Antrag Sep. 2019 Ökonomische Aspekte der zukünftigen Baulandentwicklung in Wülfrath

Herr Peetz erläutert für die WG kurz den Antrag zu TOP 13.1. Er solle ein Werkzeug bereitstellen, um bei künftigen Bauleitplanungen zur Entwicklung von Wohnbauland für spätere Generationen zu prüfen.

Herr Effert wendet ein, dass Rentabilität nicht das einzige Kriterium sein dürfe und bittet die WG, den Antrag entsprechend anzupassen. Die CDU werde sich sonst enthalten.

Herr Barnat führt aus, dass die Rentabilität immer mit betrachtet wird. Bisher gab es allerdings keinen Vergleich zwischen mehreren Flächen, sondern es ging immer um konkrete Flächen. So wurde bisher nicht entschieden, welcher Bebauungsplan aus Rentabilitäts Gesichtspunkten zum Tragen kommen soll.

Während Frau Kuchler die Zustimmung der Linken ankündigt, führt Herr Mrstik aus, dass der Antrag nur auf die ökonomischen Aspekte hinweist. Die Grünen seien daher dagegen. Herr Hoffmann (SPD) betont, er gehe davon aus, dass die Verwaltung die Rentabilität immer mit betrachte. Daher bringe der Antrag nichts Neues. Herr Ritsche weist daraufhin, dass die Erstellung einer Rechnung noch keine Rechtsfolge hat und fragt nach der Leistbarkeit.

Herr Peetz erläutert, dass die WG den Antrag wegen der aktuellen Diskussion gestellt habe und zeigen solle, dass die Wirklichkeit mit betrachtet werde. Solche Berechnungen würden fremdvergeben und nach einem Punktesystem durchgeführt.

Zum CDU-Antrag zu TOP 13.2 teilt Herr Mrstik mit, dass die Grünen den Antrag bevorzugen würden, sich aber trotzdem enthalten werden. Frau Kuchler und Herr Hoffmann schlagen vor, die Anträge zusammenzuführen. WG und CDU stimmen dem zu. Der neue Text lautet:

„Für eine nachhaltige, d. h. ökonomische, ökologische und soziale Stadtentwicklung hat die



innerstädtische Entwicklung Vorrang vor der Außenentwicklung. Außerdem wird ab sofort für alle zukünftigen Bauleitplanungen zur Entwicklung von Wohnbauland eine Rentabilitätsrechnung aufgestellt.“

Beschluss:

Für eine nachhaltige, d. h. ökonomische, ökologische und soziale Stadtentwicklung hat die innerstädtische Entwicklung Vorrang vor der Außenentwicklung. Außerdem wird ab sofort für alle zukünftigen Bauleitplanungen zur Entwicklung von Wohnbauland eine Rentabilitätsrechnung aufgestellt.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	X	
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	30	12	8	6		2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung	3				3			

TOP 13.2 CDU-Antrag Regionalplan-Änderung Vorrang innerstädtischer Entwicklung vom 01.10.2019

- s. TOP 13.1 -

TOP 13.3 CDU-/SPD-Antrag Regionalplan-Änderung Aufhebung Zweckbindung Klinik Aprath und Bergische Diakonie Aprath vom 01.10.2019

Herr Hoffmann erläutert zum gemeinsamen SPD-CDU-Antrag, dass die BDA eine Stellungnahme zur RPD-Änderung bei der Bezirksregierung abgegeben hat. Der Rat solle ein klares Signal in Richtung BDA und Regionalrat geben. Frau Kückler teilt mit, dass die Linke sich enthalten wird, da sie den Antrag erst am Sitzungstag erhalten hat. Herr Mrstik stellt für die Grünen fest, dass sie dem Antrag positiv gegenüber stehen, sich aber wegen noch nicht erfolgter Bewertung enthalten werden. Herr Peetz kündigt auch die WG-Enthaltung an und betont, dass der Antrag zuerst in den Fachausschuss gehöre. Herr Effert macht geltend, dass die Flächen bisher nicht angemeldet werden konnten, weil sie mit einer Z-Kennzeichnung versehen sind. Der Antrag solle die Türen öffnen und Chancen nicht verbauen. Auch seien die im Antrag genannten Flächen weniger umstritten als die anderen bei der RPD-Änderung genannten.

Herr Barnat legt dar, dass die Verwaltung schon lange mit der Bezirksregierung im Gespräch ist wegen dieser Flächen. Da sie bereits im ASB sind – mit einer Zweckbestimmung –, hatten alle Änderungsversuche bisher wenig Aussicht auf Erfolg. Wegen der RPD-Änderung ist nun Bewegung ins Verfahren gekommen.

Die Vorsitzende schlägt vor, den Antrag in den AWS am 19.11.2019 zu schieben. Auch der VV konnte wegen des späten Eingangs nicht über den Antrag beraten und Stellung beziehen. Herr Welp teilt mit, dass der Regionalrat am 12.12.2019 tagen wird. Da das Verfahren durch die Einreichung der BDA-Stellungnahme laufe, könne der Ausschuss und der Rat im November und Dezember beraten und dann den Beschluss nachträglich einreichen. Er sehe allerdings nicht, dass der Regionalrat die Flächen einfach so aufnehmen werde.

Der Rat ist sich einig, den Antrag in die nächste AWS-Sitzung zu schieben.



TOP 14 Nachnutzung Wilhelmstraße 189 "ehemaliges VHS-Gebäude"
Vorlage: III-024-2019

Die Vorsitzende verweist auf die Mitteilungsvorlage und ergänzt, dass die VHS es laut Haushaltssicherungskonzept-Maßnahme erwirtschaften muss, wenn sie zusätzliche Flächen nutzen will: Eine finanzielle Entlastung der Stadt durch eine über das Pflichtstundenangebot hinausgehende kostendeckendere Finanzierung des Angebotes wird angestrebt. Dies erfordert eine Änderung der Zweckverbandssatzung. Hierzu läuft die Abstimmung mit der Stadt Mettmann und der VHS.

Frau Dr. Panke betont, dass der Sachstand keine Beschlussvorlage erlaubt. Her Barnat ergänzt, dass es positive Einschätzungen gibt, aber keine neuen Tatsachen.

Herr Peetz führt aus, dass die WG die VHS noch einmal ins Gespräch gebracht hat und dass sie bei Gesprächsbedarf noch weiter mit einer Entscheidung warten könnten. Von den Vereinen hätte er erwartet, dass sie sich stark zu Wort melden, was nicht der Fall gewesen sei.

Herr May (Grüne) spricht sich dafür aus, das Haus in städtischer Hand zu behalten, da Eigenkapital so zu sichern und eine Bauruine zu vermeiden.

Herr Ritsche betont, dass er als Kämmerer es kritisch sieht, weitere Verwaltungskapazitäten einzubringen. In der Langfristigkeit des Vereinsengagements liegen Risiken. Der Medien-Welt-Umzug war ein sinnvoller Vorschlag, alles andere sieht er mit Risiken verbunden.

Herr Peetz erwidert, dass man bei reiner Betrachtung der Zahlen zum Umzug der Medien-Welt zu dieser Einschätzung kommen könne, dass dies aber einen Leerstand in der Fußgängerzone bedeuten würde, den die WG nicht wolle. Herr Hoffmann legt dar, dass die SPD dem Vorschlag der Verwaltung, die Medien-Welt umzuziehen, folgen würde. Auch ein Vereinshaus fände sie gut. Letztendlich gehe es darum, das Eigenkapital zu erhalten. Er schlägt vor, die Variante 5 (Kultur- und Vereinshaus) weiter zu vervollständigen und sich die Zeit dazu zu nehmen. Herr Mrstik pflichtet dem bei.

Die Vorsitzende stellt fest, dass SPD, WG, Grüne, Linke und FDP gemeinsam den Antrag stellen, das Thema in den nächsten Sitzungslauf zu schieben. Die beantragenden Fraktionen und Gruppierungen stimmen dem zu, die CDU stimmt dagegen.

Beschluss:

Die Entscheidung über die Nachnutzung der Wilhelmstraße 189 wird in den nächsten Sitzungslauf geschoben.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig		
Mehrheitlich	x	Zust.

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	21		8	6	3	2	1	1
Ablehnung	12	12						
Enthaltung								



TOP 15 Nachnutzung Wilhelmstraße 76 "Altes Rathaus"
Vorlage: III-025-2019

Die Mitteilungsvorlage hat den Inhalt: „In der Sitzung des Rates vom 26.03.2019 wurde die Verwaltung beauftragt, gemeinsam mit der Tochtergesellschaft Stadtwerke Wülfrath GmbH bis zur nächsten Sitzung des Fachausschusses am 17.09.2019 und zur Ratssitzung am 01.10.2019 ein Konzept für eine Nachnutzung des Gebäudes Wilhelmstraße 76 „Altes Rathaus“ durch die Stadtwerke zu erarbeiten.

Die im Konzern Stadt gemeinsam durchgeführte Prüfung einer Nutzung des Gebäudes durch die Stadtwerke hat nicht zu einem derzeit wirtschaftlich vertretbaren Ergebnis geführt. Die Stadtwerke Wülfrath können daher zum jetzigen Zeitpunkt keine Zusage zum Kauf oder zur Miete der „Wilhelmstraße 76“ geben.

Sollte der Rat am 01.10.2019 keine anderslautende Entscheidung fassen, wird die Verwaltung die Vermarktung des Gebäudes in die Wege leiten.“

Der Rat nimmt die Vorlage ohne Wortmeldungen zur Kenntnis.

TOP 16 Sanierung des Schulhofes der Schule am Berg
Vorlage: IV-011-2019

Die Vorsitzende nimmt Bezug auf die von Herrn Sträßer (CDU) in der HFA-Sitzung vom 24.09.2019 gestellte Frage, ob die Schulhoffläche wirklich versiegelt werden muss, und erläutert, dass eine entsiegelte Fläche mehr Pflege benötigt und dass mit dem Schulgarten 100 qm wassergebundener Boden vorhanden sein werden.

Herr Ritsche teilt dem Rat mit, dass nach seinen Gesprächen mit dem Rechnungsprüfungsamt die neue Asphaltdecke nach neuem Haushaltsrecht konsumtiv verbucht werden muss. Für die Schulhofneugestaltung steht aus dem Landesprogramm „Gute Schule 2020“ ein Betrag in Höhe von 120.000 € zur Verfügung. Die Maßnahmen zur Attraktivierung des Schulhofes (60.000 €) werden zum Großteil investiv verbucht werden können.

Herr Sträßer bittet darum, die Planung unter Nachhaltigkeitsgedanken zu prüfen und nicht nur ökonomisch zu betrachten. Frau Küchler begrüßt diesen Gedanken, weist aber auch auf die gesetzlichen Vorgaben hin z. B. hinsichtlich Barrierefreiheit.

Nachtrag zur Niederschrift: Der Schulhof der Schule am Berg weist bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt relativ große unversiegelte Flächen auf (Grünflächen, Pflasterflächen, ehemalige Aschenbahn etc.). Leider zeigt sich bei diesen pflegeintensiveren Flächen aber auch, dass es derzeit kein funktionierendes Grünpflegekonzept gibt.

Die Disteln und Brennnesseln wachsen teilweise von unten durch die Sitzflächen der Bänke, während die Hecken von hinten durch die Lehnen wuchern. Diese Situation stellt sich z.B. auf dem hinteren Schulhof dar, obwohl die Bänke auf Pflasterflächen stehen. Grundsätzlich beschränkt sich die Pflege der Grünflächen derzeit auf einen Beschnitt, um die Wege freizuhalten. Vor diesem Hintergrund erscheint es nicht sinnvoll, weitere Flächen zu öffnen und damit pflegebedürftig zu machen. Zudem braucht die Schule eine große Hoffläche, auch um ggf. Veranstaltungen abhalten zu können. Für größere Veranstaltungen z.B. mit einer Bühne wären Pflasterflächen ungeeignet.



*Als Kompromisslösung ist in diesem Entwurf bereits der Schulgarten als wassergebundene Fläche geplant. Derartige Flächen sind wasserdurchlässig und relativ pflegeleicht.
Die bisher unregelmäßige Entwässerung des Schulhofs wird künftig durch den Anschluss an einen vorhandenen Schacht gewährleistet.*

Beschluss:

Der Schulhof der Schule am Berg wird auf Grundlage der Entwurfsplanung vom 12.08.2019 saniert.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	Zust.
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	33	12	8	6	3	2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 17 Präventionsleitbild Frühe Hilfen - Jugendamt
Vorlage: 51-011-2019

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Das vorgelegte Präventionsleitbild des Jugendamtes wird beschlossen. Die Verwaltung wird mit der Weiterentwicklung und Umsetzung beauftragt.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	Zust.
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	33	12	8	6	3	2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								



TOP 18 Antrag der SPD-Fraktion "Einrichtung eines Jugendrates"
Vorlage: 51-016-2019

Herr Peetz erklärt, dass die WG die Einrichtung eines Jugendrats im Prinzip unterstützt, gibt aber zu bedenken, dass alle Parteien und Gruppierungen dringend Nachwuchs benötigten. Er bezweifelt aber, dass Haushaltssicherungszeiten gute Zeiten dafür seien. Wenn jeder Vorschlag mit Hinweis auf die Haushaltslage abgelehnt würde, sei dies demotivierend.

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Wülfrath die Partizipation von Jugendlichen in politischen Gremien zu ermöglichen.

Hierzu wird die Fachverwaltung beauftragt ein Konzept unter Beteiligung von interessierten jungen Menschen (z.B. Mitglieder des Jugendhausrates, Klassen- und Schulsprecher, Mitglieder des Stadtjugendringes, FFF) zu erarbeiten und ein erstes Zwischenergebnis dem Jugendhilfeausschuss zur ersten Sitzung im Jahr 2020 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	Zust.
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	33	12	8	6	3	2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 19 Umbesetzung von Gremien und Ausschüsse
Vorlage: BVV-015-2019

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die von der CDU-Fraktion am 30.09.19 beantragten Umbesetzungen in den Ausschüssen werden lt. anliegender Besetzungslisten beschlossen. Die Änderungen wurden in den Listen **kursiv** und **unterstrichen** kenntlich gemacht.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	Zust.
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP
--	--------	-----	-----	----	-------	-------	-----



Zustimmung	32	12	8	6	3	2	1
Ablehnung							
Enthaltung							

TOP 20 Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen:

1. Die Vorsitzende teilt den Wahltermin für die Kommunalwahl mit, es ist der 13.09.2020. Der Sitzungsplan wird derzeit erstellt.
2. Zur noch ausstehenden Info-Veranstaltung Straßenbaubeiträge teilt die Vorsitzende mit, dass sie wegen des laufenden Gesetzgebungsverfahrens derzeit nicht sinnvoll und keine Teilnahme des Ministeriums möglich ist. Sobald das Gesetz erlassen wird, wird der Termin vereinbart und eingeladen.
3. Das Geld aus der Herminghaus-gGmbH soll in eine Bürgerstiftung einfließen, wie die Vorsitzende mitteilt. Sie soll gemeinnützig sein und der Stiftungszweck weit gefasst werden. Die Verwaltung wird in der Öffentlichkeit dafür werben und zu einer Informationsveranstaltung einladen. Die Bürgerstiftung soll nach dem Modell der Zustiftung arbeiten und kontinuierlich Stiftungskapital aufbauen. Als gutes Beispiel nennt Frau Dr. Panke die Bürgerstiftung Haan-Gruiten. Wer Interesse an der Bürgerstiftung hat, möge sich im Büro der Bürgermeisterin melden.
4. Die Vorsitzende teilt mit, dass mit Herrn Philipp Schaub die zweite halbe Stelle der Klimaschutzmanager besetzt ist.
5. Die Vorsitzende teilt mit, dass die Beschwerde mit dem Resümee der Verwaltung zur Baumaßnahme Kreisverkehr jetzt an die Direktorin von Straßen.NRW verschickt wurde.

Anfragen:

1. Frau Kuchler fragt nach der Baumaßnahme in Düssel am Finkenweg und berichtet von „chaotischen Zuständen“, wie ihr mitgeteilt wurde.
Antwort zur Niederschrift: *Bauvorhaben Finkenweg der Stadtwerke: Die Erneuerungsarbeiten haben in der 23. Kalenderwoche 2019 (03.06.2019) begonnen und werden voraussichtlich bis zum 01.12.2019 andauern. Es werden sowohl die Hauptwasser- als auch die Gasversorgungsleitung erneuert. In der KW 42/2019 (14.10. – 18.10.2019) wird voraussichtlich die Hauptrohrverlegung abgeschlossen. Im Einzelfall sind Einbindemaßnahmen erforderlich. Im Abschnitt Finkenweg 30 bis zum Dorfanger sind die Arbeiten an den Hausanschlussleitungen abgeschlossen.*
Umfang der Maßnahme:
Erneuerung von ca. 550 Meter Hauptversorgungsleitungen Gas und Wasser. Erneuerung (19) und Umbindung (31) von Hausanschlussleitungen. Die Investitionssumme beträgt liegt bei ca. € 500.000. Witterungsbedingte Verzögerungen sind – wie bei allen Baumaßnahmen - möglich.
Neben den Maßnahmen der Stadtwerke führt Westnetz eigene Maßnahmen durch. Diese – und vor allem die Zeitplanung - sind bei den Stadtwerken im Einzelnen nicht bekannt.



2. Herr Paul (WG) fragt nach der Decke in der Sporthalle Goethestraße/Eingangsbereich, konkret danach, warum sie abgerissen wurde und warum es noch keine neue Decke gibt. Herr Barnat antwortet, dass die alte Deckenverkleidung eine Brandlast darstellte und zwingend entfernt werden musste. Sobald Geld und Planer verfügbar sind, wird die neue Decke eingebaut. Herr Peetz fordert eine schnelle Erledigung.

Antwort zur Niederschrift: Die notwendige Brandschutztechnische Stellungnahme des zuständigen Büros erfolgt bis Ende der 41. Woche. Diese Stellungnahme ist die Grundlage des Bauantrags, der dann Anfang November eingereicht wird. Nach Erhalt der Baugenehmigung werden dann die Brandschutztüren und die neue Abhangdecke ausgeschrieben, sodass wir dann nach Abstimmung mit dem Fachamt die weitere Umsetzung des Brandschutzkonzeptes für den notwendigen Treppenraum fortsetzen können. Die Mittel für diese Maßnahme sind im kommenden Haushalt 2020 angemeldet.

3. Herr Preuß (SPD) fragt, wie es mit dem Hallendach in der Halle Fliethe aussieht.
Antwort zur Niederschrift: Das Gerüst ist aufgestellt, ebenso der Kran. Die Elektro-Firma ist derzeit mit der neuen Verkabelung der RWA-Anlagen beschäftigt. Die Lichtband-Firma hat ihr Material abgeladen, konnte aber bisher aufgrund des schlechten Wetters nicht mit den Arbeiten beginnen. Mit Hilfe des Krans sollen die Dachelemente Einheit für Einheit herab gehoben und sofort durch neue ersetzt werden. Die Übergabe an den Nutzer ist für Ende KW 45 / Anfang KW46 geplant.
4. Herr Sträßer fragt nach dem Sachstand Breitbandausbau. Frau Dr. Panke verweist auf das AWS-Protokoll, dass Herr Sträßer inzwischen erhalten hat.
5. Frau Dr. Platzhoff (CDU) fragt nach der Sporthalle des Gymnasiums, die einen Tag wegen eines zu glatten Bodens gesperrt war. Sie möchte wissen, ob eine solche Sperrung erneut vorkommen kann. Frau Berster antwortet, dass dies eine Verkehrssicherungsmaßnahme war und eine zusätzliche Reinigung erfolgt ist. Die Ursachensuche läuft noch. Ein Auftrag an ein externes Unternehmen ist erteilt.
6. Herr Hoffmann fragt, wann die noch am Kreisverkehr Mettmanner/Flandersbacher Straße liegenden Abspermaterialien und Schilder entfernt werden. Außerdem möchte er wissen, wann der provisorische Weg zwischen dem Poco-Parkplatz und der Reinhold-Schneider-Straße zurückgebaut wird. Herr Barnat antwortet, dass der Rückbau im Zusammenhang mit den Grünarbeiten erfolgen wird und die jetzige Durchgangsstelle wieder begrünt wird.

Antwort zur Niederschrift: Die Schilder etc. wurden in der 41. KW entfernt.

7. Frau Kuchler geht auf einen Zeitungsbericht über die AWS-Sitzung ein, in der Frau Dr. Panke angedeutet habe, dass Verwaltungsmitarbeiter auch deshalb gekündigt hätten, weil die Politik ihnen nicht angemessen entgegengetreten sei. Sie betont, dass ihre Fraktion immer einen guten Umgang pflegt und bittet darum, dass Ross und Reiter genannt werden. Frau Dr. Panke antwortet, dass sie dies im öffentlichen Teil der Sitzung nicht sagen kann. In der folgenden Diskussion verteidigen sowohl die Vorsitzende als auch Vertreter der CDU ihre Positionen.



anwesend

Ratsmitglied

Herr Hans-Peter Altmann
Frau Dunja Baumhardt
Herr Frank Berg
Herr Walter Brühland
Herr Uwe Buschmann
Herr Sascha Dellmann
Herr Axel Effert
Herr Udo Eigen
Herr Siegfried Gartmann
Herr Reiner Heinz
Herr André Herbes
Herr Horst Hoenke
Herr Manfred Hoffmann
Herr Carsten Klein
Frau Ilona Küchler
Herr Thomas May
Frau Bettina Molitor
Herr Stephan Mrstik
Herr Lothar Müller
Frau Angela Nadolski
Frau Dr. Ophelia Nick
Herr Axel Paul
Herr Wolfgang Peetz
Frau Dr. Elke Platzhoff
Herr Wolfgang Preuß
Herr Patrick Schneider
Herr Andreas Seidler
Herr Martin Sträßer
Herr Mario Sülz
Frau Renate Theis
Herr Hans-Juergen Ulbrich
Herr Axel C. Welp

Verwaltungsmitarbeiter/in

Herr Martin Barnat
Herr Marcus Benner
Frau Michaela Berster
Frau Sabine Drasnin
Herr Florian Gerstacker
Frau Gudula Kohn
Herr Rainer Ritsche
Herr Sebastian Schorn



Bürgermeister/in

Frau Bürgermeisterin Dr. Claudia Panke

Wülfrath, den 14. Oktober 2019

(Bürgermeisterin Dr. Claudia
Panke)
Ausschussvorsitzende/er

(Sabine Drasin)
Schriftführer/in

Die Niederschrift ist im Original unterschrieben. Das Dokument wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.